

Presseerklärung

Friedensgutachten 2015

Vorstellung am 9. Juni 2015 in Berlin von Janet Kursawe, INEF Duisburg

Friedensforscher fordern: Mehr internationale Verantwortung übernehmen – jenseits militärischen Engagements

Die Zahl der Kriege weltweit ist seit Jahren relativ konstant. 2014 gilt dennoch als ein besonders konfliktreiches Jahr. Zu diesem Eindruck tragen die beängstigende geografische Nähe des Krieges in der Ukraine ebenso bei wie die Grausamkeiten des Islamischen Staates im Irak und in Syrien. Währenddessen sucht Deutschland unter dem Leitmotiv „Mehr Verantwortung übernehmen“ nach seiner Rolle in der Welt. Was folgt daraus für die deutsche Politik und ihren Beitrag in EU und NATO?

Die Hauptkontroverse in Berlin und Brüssel entzündet sich an der Frage des Einsatzes militärischer Gewalt als Mittel der Politik. Bislang hat die Bundesregierung diese Frage sehr unterschiedlich beantwortet: Im Kampf gegen den Islamischen Staat hat sie sich für Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga und zur Entsendung der Bundeswehr zwecks Ausbildungsunterstützung in den Nordirak entschieden. Im Ukraine Konflikt setzt sie gemeinsam mit ihren Verbündeten auf Sanktionen und Diplomatie.

Wir fordern eine grundsätzliche Debatte über den Stellenwert militärischer Mittel in der Außenpolitik. Deshalb begrüßen wir die Absicht der Verteidigungsministerin, im Vorlauf zum „Weißbuch 2016“ über die Grundlagen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik öffentlich mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu diskutieren. Terrorismusbekämpfung darf in Zukunft keine vorschnelle Begründung für Bundeswehreinätze, die „Ertüchtigung“ ausländischer Autokraten oder die Bewaffnung nichtstaatlicher Gewaltakteure sein. Auch sind Waffenlieferungen an Konfliktparteien ein ungeeignetes Mittel, um Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern.

Kommerzielle Rüstungsexporte an „Drittstaaten“ außerhalb der NATO und der EU sind zu verbieten. Auch der Export sicherheits- und militärrelevanter Dienstleistungen deutscher Firmen muss staatlich streng reguliert werden. Schließlich fordern wir erneut, dass die Bundeswehr auf die Entwicklung und Beschaffung von Kampfdrohnen verzichtet.

Verantwortungsvolle Außenpolitik muss präventiv sein

Will Deutschland international mehr Verantwortung tragen, sollte es vor allem auf eine präventive Außenpolitik setzen. Zivile Krisenprävention, Demokratieförderung, Entwicklungszusammenarbeit: Diese Trias erscheint als

Königsweg einer verantwortungsvollen Friedenspolitik. Die Bilanz der letzten Jahrzehnte fällt in diesen drei Feldern allerdings ernüchternd aus. Alle drei Bereiche kranken daran, dass sie viel zu häufig die eigenen, „westlichen“ Modelle von Entwicklung, Demokratie und Konfliktbewältigung zugrunde legen. Gleichzeitig werden politische, soziale und kulturelle Gegebenheiten vor Ort ignoriert. Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Helfer und der Wirksamkeit ihrer Hilfe ist augenfällig.

Demokratie lässt sich nicht von außen verordnen oder gar per militärischer Intervention durchsetzen. Externe Demokratieförderung ist meist nur dort hilfreich, wo innergesellschaftliche Transformationsprozesse ohnehin in Richtung einer Demokratisierung wirken. Wir empfehlen, offene und inklusive Reformprozesse sowie Mechanismen des sozialen Ausgleichs, die aus den Gesellschaften selbst kommen, zu unterstützen. Hierfür bedarf es tiefgehender Länderexpertise in den beteiligten Abteilungen der Ministerien und einer stärkeren Vernetzung mit Experten und zivilgesellschaftlichen Kräften in den instabilen Ländern selbst.

Bei der dringend erforderlichen Nachbesserung dieser Konzepte ist aber auch Selbstkritik angebracht. Das europäisch-amerikanische Modell der liberalen Demokratie hat erheblich an Strahlkraft eingebüßt: durch Wirtschafts- und Schuldenkrisen, das Aufkommen neuer nationalistischer Kräfte, die Missachtung der Menschenrechte etwa von Flüchtlingen an den Grenzen Europas, die systematische Überwachung der eigenen Bevölkerung durch Geheimdienste wie NSA oder BND. Angesichts dieser Fehlentwicklungen erodiert die Vorbildfunktion westlicher Demokratien, das wichtigste Pfund, mit dem die externen Helfer wuchern könnten.

Eine verantwortungsvolle Politik Deutschlands und Europas muss den für demokratische und soziale Reformen notwendigen Handlungsspielraum der Länder im globalen Süden vergrößern. Dazu ist der ernsthafte Wille des Westens zur Veränderung seiner entwicklungshemmenden und sozial folgenreichen Außenhandels- und Finanzpolitiken erforderlich.

Verantwortung übernehmen heißt, sich für gemeinsame Sicherheit in Europa einzusetzen

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland, der dadurch ausgelöste Ukrainekrieg und die jüngsten russischen Provokationen gegenüber NATO und EU haben zu einer neuen Eiszeit in den Beziehungen geführt. Der NATO-Generalsekretär drängt auf verstärkte Manöver und den Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe zum Schutz ihrer Ostflanke. Diese Politik könnte jedoch eine gefährliche Eskalationsspirale in Gang setzen, mit unkalkulierbaren Folgen über die Ukraine hinaus. Das gilt es zu verhindern. Wir warnen ausdrücklich vor Muskelspielen und fordern ein Umdenken: Sicherheit in Europa kann es langfristig nur als *gemeinsame Sicherheit* geben. Es gilt, die gegenseitigen ökonomischen und politischen Abhängigkeiten genauso wie die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten – einschließlich Russlands und der osteuropäischen Staaten – anzuerkennen, ohne dabei die Annexion der Krim zu akzeptieren.

Benötigt werden kooperative Strukturen. Die Übernahme von Verantwortung aus einer friedenspolitischen Perspektive heißt, Dialogkanäle im Rahmen der NATO,

OSZE und EU zu öffnen. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich für die Wiederaufnahme des Dialogs mit Russland im NATO-Russland-Rat einzusetzen.

Weiterhin fordern wir, Verhandlungen über ein neues Abkommen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa zu beginnen. Dieses sollte auch Drohnen mit einschließen. Ein ausdrücklicher Verzicht auf die Stationierung eines Raketenabwehrsystems der NATO in Polen und Tschechien würde ein wichtiges Signal an Russland senden und seine Bereitschaft erhöhen, sich auf einen erneuten Rüstungskontrollprozess einzulassen.

Die EU hat die russische Annexion der Krim verurteilt. Ihre gegen Russland verhängten Sanktionen sollen ihre Haltung untermauern und das Gewaltverbot der UN-Charta bekräftigen. Sie erzeugen jedoch auch eine Wagenburgmentalität bei der empfindlich getroffenen Bevölkerung und stärken die Popularität Putins. Wir fordern deshalb, positive Anreize zu setzen und Russland den Abbau von Sanktionen in dem Maße in Aussicht zu stellen, wie russisches Entgegenkommen den Konflikt entschärft und einer Lösung zuführt.

Verantwortung übernehmen heißt, humanitäre Hilfe ernst zu nehmen

Die wirtschaftlich vor dem Kollaps stehende Ukraine braucht dringend Unterstützung. Wirtschaftshilfe sollte jedoch daran gebunden sein, dass die Ukraine ihrerseits die Vereinbarungen von Minsk-II einhält. Die Lieferung von Waffen an die ukrainischen Streitkräfte halten wir hingegen für falsch. Stattdessen sollte die humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in der Ostukraine schnellstmöglich erhöht werden.

Deutsche Verantwortung reicht über Europa hinaus. Humanitäre Fragen sollten auch die Außenpolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten bestimmen. Der Islamische Staat lässt sich von außen nicht ohne hohen militärischen Einsatz unter Einschluss von Bodentruppen einhegen, geschweige denn besiegen. Die dazu fähigen Staaten sind jedoch nicht gewillt, die unkalkulierbaren Risiken und Kosten einer großangelegten Militärintervention einzugehen.

Den Grausamkeiten des IS dürfen wir dennoch nicht tatenlos zusehen. Um Zivilisten zu retten, könnte die Einrichtung von Schutz zonen im Rahmen einer humanitären Intervention nach den Grundsätzen der Schutzverantwortung erwogen werden. Jedoch sind solche Zonen in militärisch umkämpftem Gebiet riskant und bieten nur zeitweise Sicherheit. Bei einer akuten Notlage wie der Belagerung eines Flüchtlingslagers und dem Aushungern seiner Bewohner fordern wir, sie per Luftbrücke zu evakuieren.

Verantwortung an Europas Grenzen übernehmen

Um humanitären Operationen Glaubwürdigkeit zu verleihen, braucht Europa eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik. Faktisch lassen die europäischen Staaten derzeit Flüchtlinge ertrinken, um andere abzuschrecken. Im Mittelmeer ereignen sich Tragödien, weil den Schutzsuchenden legale und sichere Einreisewege verwehrt bleiben. Wir fordern, diese Wege zu schaffen – anstatt die Infrastruktur der Schlepper mit militärischer Gewalt zu bekämpfen. Dringend geboten ist darüber hinaus eine gerechte und solidarische Verteilung bei der Aufnahme der

Flüchtlinge innerhalb der EU. Die Abschaffung der in der Dublin-III-Verordnung verankerten Regelung, wonach jenes Land für das Asylverfahren zuständig ist, das ein Flüchtling zuerst betreten hat, ist überfällig. Flüchtlinge sollen Zugang zu Arbeit und Bildung erhalten. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, auf eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik an den Grenzen Europas zu drängen und damit außenpolitische Verantwortung tatsächlich ernst zu nehmen.

Verantwortung übernehmen als Vermittler

In der Region des Nahen und Mittleren Ostens sollte sich der Westen mit Einmischungen und Parteinahme generell stärker zurückhalten als bislang. Zurückhaltung heißt aber nicht, sich herauszuhalten. Im israelisch-palästinensischen Konflikt ist nach dem dritten Gazakrieg im vorigen Jahr die Gefahr eines erneuten Rückfalls in den bewaffneten Konfliktaustrag zu groß, um auf diplomatische Einflussnahme zu verzichten. Wir empfehlen der Bundesregierung, ihre Unterstützung der Zweistaatenlösung zu bekräftigen, indem sie dem Beispiel Schwedens folgt und Palästina bilateral als Staat anerkennt.

Wir zahlen heute den Preis zahlreicher politischer Fehler vergangener Jahrzehnte. Militärische Siege haben westliche Armeen schnell errungen, aber keine stabilen Nachkriegsordnungen aufbauen können. Diese Gefahr besteht auch bei einem militärischen Vorgehen gegen den IS. Die Mobilisierung, die westliche Truppen in Irak oder Syrien auslösen würden, wäre nicht kontrollierbar. Wir halten die militärische Unterstützung der kurdischen Milizen für nicht richtig. Sie ist zwar nachvollziehbar, insofern sie das Leben unmittelbar bedrohter Zivilisten zu retten versucht. Der Preis dafür ist aber das Risiko einer unkontrollierten Weiterverbreitung der gelieferten Waffen.

Auch Waffenlieferungen an vermeintliche „Stabilitätsanker“ wie zum Beispiel Saudi-Arabien lehnen wir ab. Sie tragen ebenso wenig zu einer friedlichen Entwicklung der Region bei. Ein Treibsatz der bewaffneten Konflikte in der Region ist die politische Praxis, den „Feind meines Feindes“ zu unterstützen. Außenpolitische Initiativen des Westens sollten sich auf diplomatische Vermittlungsbemühungen zwischen den regionalen Kontrahenten beschränken. Tabus sind solchen Bemühungen nicht förderlich. Nicht einmal die Anbahnung von Kontakten zum IS sollte von vornherein ausgeschlossen werden – will man alle Konfliktparteien und externen Einflussnehmer, wie Saudi-Arabien, Iran, die Türkei oder Katar an einen Verhandlungstisch bringen.

Wir appellieren an die Bundesregierung, mehr Verantwortung jenseits militärischer Maßnahmen zu übernehmen, zivile Konfliktbearbeitung ressortübergreifend zu verankern und friedenspolitische Leitlinien für das gesamte Regierungshandeln zu formulieren.